

# Italiens Regierung leidet unter Realitätsverlust | NZZ

*Ermes Gallarotti*

9-11 Minuten

---

## Kommentar

Die italienische Regierung ist entschlossen, noch mehr Schulden in Kauf zu nehmen, um die Wirtschaft des Landes anzukurbeln. Dieser Plan kann nicht aufgehen.

17.11.2018, 05:30 Uhr



## **Die Koalitionschefs Luigi Di Maio und Matteo Salvini führen ihre Landsleute hinters Licht. (Bild: R. Antimiani / EPA)**

Italien hat viele Regierungen kommen und gehen sehen – weit über sechzig seit der Gründung der Republik im Nachkriegsjahr 1946, und mit der derzeit amtierenden Regierung Conte ist das sechste Kabinett seit der Finanzkrise von 2008 am Werk. Zwar finden sich die Italiener in einem mehr schlecht als recht funktionierenden Staat erstaunlich gut zurecht. Sie sind es seit je gewohnt, sich mit unsicheren politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu arrangieren, und sind über alle Massen

leidensfähig. Aber aller Anpassungsfähigkeit zum Trotz: Zum ersten Mal seit Jahren muss man sich wirklich Sorgen um sie machen.

## **Italien zuerst**

Denn eine Mehrheit von ihnen ist davon überzeugt, dass die beiden Koalitionspartner, die Lega von Matteo Salvini und die von Luigi Di Maio angeführte Cinque-Stelle-Bewegung, einen Weg gefunden haben, das Land in eine bessere Zukunft zu führen – und zwar ohne schmerzhaft strukturelle Reformen, wie sie Ökonomen, der Internationale Währungsfonds oder die EU-Kommission seit langem empfehlen.

Um das Fell zu waschen, ohne es nass zu machen, genügt es aus der Sicht von Salvini und Di Maio, Italien und die Italiener an die erste Stelle zu setzen. Die machthungrige deutsche Bundeskanzlerin Merkel, die Bürokraten in Brüssel oder die Spekulanten an den Finanzmärkten – sie alle wollen, so suggeriert die Regierung, Italien klein halten und sind mitschuldig an der Misere des Landes.

Das Rezept der Regierung, um Italien auf die Schnelle aus der Krise zu führen, nimmt sich einfach aus. Durch die Einführung eines bedingungslosen Einkommens und einer Flat Tax – die beiden gewichtigsten Wahlversprechen – soll die Gesamtnachfrage gestärkt und die Wirtschaft angekurbelt werden, auch wenn dadurch Budgetdefizite und Staatsschulden grösser werden. Denn gelingt das Manöver, wird es dank dem höheren Wachstum in der Folge möglich sein, die Defizite abzubauen und die Schulden zurückzuzahlen – das ist der Plan.

## Italienischer Trumpismus

So vielversprechend dieser Trumpismus italienischer Prägung scheinen mag: Der Inhalt hält nicht, was die Verpackung verspricht. Es beginnt damit, dass die Regierung ein mechanistisches Verständnis der Wirtschaft verrät, das der komplexen Realität nicht gerecht wird. Eine Volkswirtschaft ist keine Maschine, deren Drehzahl sich über die Betätigung eigens dafür vorgesehener Hebel steuern lässt. Eine aktivistische Wirtschaftspolitik mag die Wähler in ihrer Wahrnehmung bestärken, dass endlich etwas unternommen wird, um ihr Los zu verbessern. Aber der Erfolg ist höchst unsicher. Eine verantwortungsvolle Regierung kann höchstens daran arbeiten, die Rahmenbedingungen Schritt für Schritt zu verbessern. Es muss der Wirtschaft überlassen bleiben, das «Richtige» zu tun. Zur mechanistischen Denkweise der Regierung gesellt sich ein fehlendes Verständnis für das Timing. Statt die Phase eines für italienische Verhältnisse vergleichsweise robusten Wirtschaftswachstums für den Abbau des Schuldenbergs von rund 1300 Milliarden Euro oder über 130 Prozent der landesweiten Wertschöpfung zu nutzen, kapriziert sich die Regierung darauf, die Gesamtnachfrage zu stimulieren. Das hätte sie, wenn schon, mit Vorteil in schwierigeren Zeiten getan, etwa im Nachgang der Finanzkrise von 2008.

Im derzeitigen Umfeld drohen die zusätzlichen Impulse zu verpuffen. Zudem wird in der nächsten Abschwungphase noch weniger fiskalpolitischer Spielraum zur Verfügung stehen, um antizyklisch zu handeln und Härten abzufedern – auch in Italien kann man jeden Euro nur einmal ausgeben.

Was aber am schwersten wiegt: Die aktivistische, expansive Politik bringt Italien mit der EU in Konflikt. Denn das von der Regierung Conte ausgearbeitete Budget sieht für das kommende Jahr ein Defizit von 2,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts vor. Abgesehen davon, dass es auf optimistischen Wachstumsraten basiert, die das Land in den zurückliegenden zwanzig Jahren nie erreicht hat, übersteigt es das von der Vorgängerregierung angepeilte Minus um fast das Dreifache.

## **Grosse Zustimmung**

Damit stösst die italienische Regierung die EU vor den Kopf. Denn eigentlich haben sich hochverschuldete Länder wie Italien im Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet, ihre Schulden abzubauen. Salvini und Di Maio foutieren sich zwar um die EU-Regeln und wollen keine Korrekturen an ihrem Haushaltentwurf vornehmen, betonen aber gleichzeitig, dass Italien keinerlei Absicht hat, aus dem Euro auszutreten. Der Konflikt ist programmiert, und die Gefahr, dass Salvini und Di Maio den Bogen überspannen, ist real.

Die Italiener scheint das allerdings nicht sonderlich zu beunruhigen. Die unnachgiebige Haltung, die den Respekt vor den Institutionen und den eingegangenen Verpflichtungen vermissen lässt, stösst auf eine erstaunlich grosse Zustimmung. Endlich tut eine demokratisch legitimierte Regierung, was sie im Wahlkampf versprochen hat – das ist eine weitverbreitete Meinung. Stoppte nicht Innenminister Salvini den Zustrom von Migranten über das Mittelmeer quasi im Alleingang, nachdem die übrigen EU-Länder Italien ziemlich allein gelassen hatten?

Politische Isolierung, eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft,

Konflikte mit der EU, flüchtende Investoren – das kann auf die Länge selbst Italien nicht verkraften.

In der Vergangenheit war es aus der Sicht der meisten Italiener genau umgekehrt: Einmal an der Macht, wurstelten sich die Regierungen durch und schreckten davor zurück, ihren Wählern harte Reformen zuzumuten. Das hätte ihre Chancen, wiedergewählt zu werden, geschmälert. Das Resultat: Die Regierung Conte hat einen Haufen gut abgehangener Probleme geerbt, die sie mit viel Elan und wenig Skrupeln angehen will, aber kaum lösen wird.

Den Konflikt mit der EU kann sich das stark verschuldete Italien daher eigentlich gar nicht leisten. Denn er macht die ohnehin nervösen Investoren noch nervöser. Ausfluss dieser Nervosität ist der auf rund drei Prozent gestiegene Renditeaufschlag italienischer Staatsanleihen gegenüber vergleichbaren deutschen Papieren. Investoren sind nur dann bereit, italienische Staatsanleihen zu zeichnen und zu halten, wenn sie für das grössere Risiko auch mit einer höheren Rendite entschädigt werden.

## **Im Dilemma**

Damit wird das Dilemma sichtbar: Auf der einen Seite soll der expansive Haushalt Wachstumsimpulse freilegen; auf der anderen Seite erhöht er die ohnehin schon grosse Verschuldung und führt dazu, dass der Staat mehr Geld ausgeben muss, um bestehende Schulden zu bedienen und sich am Kapitalmarkt mit neuen Geldern zu refinanzieren. Letztlich bleibt es schwer abzuschätzen, was mehr wiegt: der in seiner Wirkung unsichere Ankurbelungseffekt oder der zusätzliche Vertrauensverlust, der

dafür in Kauf genommen wird und sich in der zunehmenden Zinsdifferenz zu den deutschen Staatstiteln zeigt.

Oder anders ausgedrückt: Das Vorhaben, Schulden durch noch mehr Schulden abzubauen, ist risikoreich – es kann nur funktionieren, wenn das Land, das dies versucht, ein unbescholtener Schuldner ist und das volle Vertrauen der Finanzmärkte genießt. Das kann man von Italien schwerlich behaupten. Hinzu kommt, dass ein Rahmen fehlt. Den beiden Koalitionspartnern Salvini und Di Maio geht es primär darum, eine Reihe von Einzelmassnahmen mit einem starken Umverteilungscharakter umzusetzen, um die eigene Klientel bei Laune zu halten. Auch das spricht ganz stark gegen ein Wachstumswunder.

Was tun? Die italienische Regierung wird früher oder später einsehen müssen, dass das Land nicht beliebig Schulden anhäufen kann, ohne die damit verbundenen Lasten zu tragen. Politische Isolierung, eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft, Konflikte mit der EU, versiegende Refinanzierungsquellen, flüchtende Investoren – das kann auf die Länge selbst Italien nicht verkraften.

Das Vorhaben, Wachstum über mehr Schulden in Gang zu setzen, ist in der Konstellation, in der sich Italien befindet, völlig realitätsfremd. Deshalb bleiben nur strukturelle Reformen übrig, die darauf zielen müssen, den finanzpolitischen Spielraum des Landes zu vergrößern. Nur sollte das den Italienern endlich jemand erklären. Mario Monti, der letzte Regierungschef, der das nach der katastrophal zu Ende gegangenen Ära Berlusconi versucht hat, gilt seither unter seinen Landsleuten als ungeliebter Apostel der Austerität. Aber je länger die Reformen

hinausgeschoben werden, umso schmerzhafter werden die Folgen sein. Anders als dies Salvini und Di Maio propagieren, ist es nicht möglich, das Fell zu waschen, ohne es nass zu machen. Italien und mit ihm Europa steuern auf schwierige Zeiten zu.

**Wagen Sie den anderen Blick mit unlimitiertem  
Zugang zur digitalen NZZ**